

11.04.2013

## Kleine Anfrage 1064

des Abgeordneten Dietmar Schulz PIRATEN

### **Rechtsradikale Netzwerke auch in Nordrhein-Westfälischen Justizvollzugsanstalten?**

Der aktuellen Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass es Ermittlungsbehörden in Hessen gelungen ist, ein rechtsradikales Netzwerk in hessischen Gefängnissen aufzudecken. Auf Nachfrage der BILD-Zeitung an das hessische Justizministerium, ob rechtsradikale Netzwerke in deutschen Gefängnissen versucht haben, Kontakt zum Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) aufzunehmen, antwortete der Sprecher des hessischen Justizministeriums Hans Liedel: „Es gab wohl diesen Versuch.“

Die BILD-Zeitung (Ausgabe vom 10.04.2013) schreibt dazu weiter, dass unter Berufung auf Ermittlerkreise, Mitglieder der von den hessischen Justizbehörden entdeckten Organisation hätten offenbar schriftlichen Kontakt mit NSU-Kreisen gepflegt. Dies würde bedeuten, dass es scheinbar nicht bei einem Versuch der Kontaktaufnahme geblieben ist.

Berichten der Süddeutschen Zeitung und des Tagesspiegels zur Folge bestätigte der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) am Dienstag 09.04.2013, dass in den vergangenen Wochen Zellen durchsucht und Postsendungen überprüft worden seien. Es habe eine verschlüsselte Kommunikation in der Post von Gefangenen gegeben, um Kontakt von hessischen Justizvollzugsanstalten in Gefängnisse anderer Bundesländer aufzunehmen. Der hessische Justizminister sagte, in den „Bikers News“ vom Oktober 2012 habe eine Kleinanzeige für eine Gefangenenhilfsorganisation geworben. Als Gründungsdatum sei der 20. April 2012 genannt worden - der Geburtstag von Adolf Hitler. Ausdrücklich sei in der Anzeige vor der Postkontrolle in der Justizvollzugsanstalt Hünfeld in Osthessen gewarnt worden, sagte Hahn.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet dazu ergänzend, dass Rechtsradikale Codes und Symbole benutzt hätten, die offenbar selbst für Experten nur schwer als rechtsradikal zu erkennen seien. Innerhalb der Haftanstalten baute der Verein den Angaben zufolge streng hierarchische Organisationsstrukturen auf.

Datum des Originals: 10.04.2013/Ausgegeben: 11.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Die Süddeutsche Zeitung berichtet dazu vorläufig abschließend, dass in Hessen die Kontrollen bei Gefangenen verschärft wurden. Vollzugsbeamte sollten ab sofort fortgebildet werden, um rechtsextremistische Umtriebe schneller unterbinden zu können.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung bzw. dem Justizministerium ähnliche Strukturen oder Organisationen aus Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen bekannt?
2. Da bei den hessischen Ermittlungsbehörden unter anderem das Landeskriminalamt und der Verfassungsschutz benannt worden sind, wird gefragt, ob derzeit auch das LKA-NRW bzw. der Verfassungsschutz in Justizvollzugsanstalten in NRW ermitteln? (Wenn ja, wird um Darstellung des Ermittlungsgegenstandes detailliert nach JVA gebeten.)
3. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, wie viele Gefangene in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten einen rechtsradikalen Hintergrund haben?
4. Gibt es in Justizvollzugsanstalten in NRW für Gefangene die Möglichkeit Zeitschriften und Magazine wie „Bikers News“ zu abonnieren?
5. Welche allgemeinen oder konkreten Anweisungen oder Planungen gibt es aufgrund der vorliegenden Berichterstattung seitens der Landesregierung, in Justizvollzugsanstalten in NRW gezielt Erkenntnisse über die Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut (Propagandamaterial, Magazine, Schriftverkehr) zu gewinnen?

Dietmar Schulz